

Noch vor der Besetzung Flensburgs durch die britische Armee am 5. Mai 1945 versammelten sich Flensburger Sozialdemokraten, die das Dritte Reich überstanden hatten, zu einem ersten Treffen. Der spätere Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister Fritz Drews, gab den Anstoß. Man traf sich in der Schusterwerkstatt von Jonny Kloppenburg in der Großen Straße 42.

Obwohl die britische Arbeiterbewegung über die BBC (British Broadcasting Corporation) in ihren an deutsche Arbeiterkreise gerichteten Sendungen aufforderte, zunächst die Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, lief es in Flensburg etwas anders: In einer weiteren Zusammenkunft – immer noch vor der Kapitulation – wurden drei Ausschüsse gebildet, und zwar für Presse, Gewerkschaften und Kommunalpolitik.

Das Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße wurde dann auch gleich nach der Kapitulation von den Flensburger Arbeitern wieder übernommen. Es hatte nun als „Haus der Arbeit“ der DAF (Deutsche Arbeitsfront) ausgedient, und der häßliche Vogel (Reichs- der Adler mit Hakenkreuz) wurde von der Hausfront entfernt.

Schnell wurde die Frage der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark Diskussionsgegenstand in Flensburger Arbeiterkreisen und auch innerhalb der sozialdemokratischen Zusammenkünfte wurde von Anfang an über dieses Thema gesprochen. Am 8. Juni 1945 versammelten sich Flensburger Sozialdemokraten, um zu dieser Frage eine Resolution zu verabschieden. Die von 34 Sozialdemokraten unterschriebene Resolution drückte Enttäuschung über die Entwicklung nach 1920 aus. Damals habe man an ein demokratisches und kulturell vorbildliches Deutschland geglaubt. Leider sei alles ganz anders gekommen.

Bei Neuziehung der Grenzen in Mitteleuropa verlangte man eine Verlegung der Grenze nach Süden, d. h. eine Einbeziehung Schleswigs in Dänemark. Sehr frühzeitig suchte man auch den Kontakt zur dänischen Volksgruppe. Der erste Gesprächspartner war der Flensburger Rechtsanwalt Christian Ravn.

Die Grenzfrage wurde natürlich nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen diskutiert. Schon am 12. Juli 1945 wurde eine Delegation aus dem Landesteil Schleswig bei der Britischen Militärregierung in Kiel vorstellig. Dieser Delegation gehörten unter anderen an: Cornelius Hansen und Tage Jessen von der dänischen Volksgruppe, der Sozialdemokrat Hermann Clausen aus Schleswig, Ludwig Iwersen von der Industrie- und Handelskammer Flensburg und der spätere CDU-Finanzminister und Flensburger Oberbürgermeister Thomas Andresen.

Fast zur gleichen Zeit startete die deutsch-dänische Gruppe eine Unterschriftensammlung „Los von Deutschland“. Nachdem über 10 000 Unterschriften gesammelt worden waren, verboten die Engländer die Fortführung der Aktion.

Ohne die offizielle Erlaubnis der Briten abzuwarten, wurde die Sozialdemokratische Partei in Flensburg im August 1945 neu gegründet. Offiziell kam die Genehmigung dann erst am 4. Januar 1946. Neu- beziehungsweise Wiedergründungen der sozialdemokratischen Organisationen gingen in der Provinz

W. L. Christiansen Sozialdemokratische Partei Flensburg (SPF)

Die kleinste Sozialdemokratische Partei der Welt



Schleswig-Holstein heute

sehr schnell vor sich. Es sollte auch nicht lange dauern und in Kiel etablierte sich ein vorläufiger Bezirksvorstand. Dieser delegierte im August 1945 Dr. Richard Schenck und Erich Arp nach Flensburg, um den hiesigen Genossen wegen der Grenzangelegenheit ins Gewissen zu reden. Unterstützt wurden die Kieler Genossen von Kurt Schumacher, der sich in Hannover ein Büro eingerichtet hatte.

Mit dieser Aktion werden die unterschiedlichen Auffassungen klar. Die Flensburger Sozialdemokraten, unterstützt von Genossen aus dem gesamten Landesteil, wollten im Gegensatz zur SPD in Kiel und Hannover die Grenzfrage aus der Partei heraushalten und es jedem selbst überlassen, sich nationalpolitisch zu entscheiden.

Die erste offizielle Versammlung der neuen Sozialdemokratischen Partei in Flensburg fand am 5. Januar 1946, eine weitere am 15. Januar statt. Auf dieser Versammlung wurde ein Zusammengehen mit den Kommunisten in einer Partei abgelehnt.

Am 8. März 1946 fand eine größere Kundgebung mit Kurt Schumacher in Flensburg statt. Hier hielt sich Schumacher in der Grenzfrage auffallend zurück. Der Bezirksvorstand in Kiel drängte jedoch auf eine Entscheidung und beraumte für den 19. Juni 1946 eine Bezirkskonferenz in Flensburg an. In einer von den Kieler Sozialdemokraten vorgelegten Resolution, wurde mit einem Hinweis auf das Stauning-Wels Abkommen von 1923 eine rein deutsche Orientierung der SPD verlangt. Die Sozialdemokraten aus dem Landesteil Schleswig konnten mit wenigen Ausnahmen dieser Resolution nicht zustimmen.

Am 28. Juni und am 5. Juli fanden dann in Flensburg, unter Beteiligung von Kieler Genossen, zwei stürmische Versammlungen statt. Die Versammlung am 5. Juli war für mich insofern eine Premiere, als ich, am 1. Juli Mitglied geworden, zum ersten Male in meinem Leben auf einer demokratischen Versammlung sprach. Die hier angenommene Resolution, übrigens mit 386 zu 96 bei 5 ungültigen Stimmen, machte klar, daß die Flensburger Partei auf ihre Mitglieder in nationalpolitischer Hinsicht keinen Druck ausüben wollte und somit nicht bereit war, sich der Kieler und Hannoveraner Meinung anzuschließen. Diese Resolution war der berühmte Tropfen, der den Becher zum Überlaufen brachte.

Am 7. Juli 1946 sollte eine Großkundgebung mit Dr. Kurt Schumacher in Husum stattfinden. Auch aus Flensburg reisten Genossen an. Ohne mit den Flensburgern Kontakt aufzunehmen, verkündete Kurt Schumacher dann im Verlaufe seiner Rede, daß er „den Ortsverein Flensburg für ausgeschlossen und aufgelöst“ erkläre. Vorher hatte Schumacher noch folgende Formulierung von sich gegeben: „Wir respektieren jeden Dänen, wir respektieren jeden Deutschen, aber wir haben gar keinen Respekt vor den Speckdänen deutschen Geblüts . . .“.

Nun, Schumacher konnte ganze Ortsvereine ausschließen, wenn er entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien hinter sich hatte. Dies ist bis heute allerdings nicht belegt. Auflösen konnte er den Ortsverein Flensburg nicht, diese Ent-

Zur Frage: Welchen Weg geht die SPF?

Hans Hedtoft will sich nicht einmischen — Brief mit sieben Punkten an Nikolaus Reiser
Dänische Behauptungen über die Verhandlungen der SPD mit der SPF

E. Kopenhagen, 3. Februar.

Die deutsche Sozialdemokratie (SPD) hofft, im Verlauf einer kürzeren Zeitspanne die größten der Schwierigkeiten überwinden zu können, die eine Wiedervereinigung mit der dänisch orientierten SPF verhindern, erklärt „ein besonderer Mitarbeiter“ in der Monatsschrift „Det brændende Spørgsmaal“.

Die Monatsschrift wirft einen Blick auf die Entwicklung der SPF seit dem Anschluß aus der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1946. Die Bestrebungen der SPD, eine neue örtliche Organisation in Flensburg zu schaffen, habe lediglich zur Errichtung einer zahlenmäßig recht schwachen Gruppe unter den Heimatvertriebenen geführt. Die SPF sei heute noch die größte Parteilorganisation der Stadt, heißt es in der Monatsschrift.

Bei den bevorstehenden Bundestagswahlen hoffe die SPD, 22 Mandate zu gewinnen, und eines dieser Mandate wolle man durch die Wiedervereinigung von SPD und SPF in Flensburg sichern. Eine solche Wiedervereinigung könne nach Auffassung der SPD ferner die politische Entwicklung beispielsweise in der Stadt Schleswig wieder ins Gleiten bringen. Diese Faktoren veranlaßten die SPD zu energischen Anstrengungen in bezug auf das Verhältnis zur SPF. Verhandlungen und Gespräche seien zu beiden Seiten der Grenze geführt worden.

Heftige Kritik

In dieser Verbindung sucht die Monatsschrift die Haltung der dänischen Sozialdemokratie zu beleuchten. Die Leitung der dänischen Sozialdemokratie habe betont, daß sie sich in diese Frage nicht einmischen wolle. Dennoch werde eine Äußerung von dieser Seite weiterhin bedeutendes Gewicht und entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung in Flensburg und Südschleswig haben. In Flensburg höre die Arbeiterschaft mehr auf Hans Hedtoft, als auf alle SPD-Vorstands-

mitglieder aus Kiel und Bonn, die bei zahlreichen Besuchen den Versuch unternommen hätten, die Bevölkerung der Stadt von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen. „Det brændende Spørgsmaal“ wirft deshalb eine Hauptverantwortung auf die dänische Sozialdemokratie. Man könne sich in Kopenhagen nicht für uninteressiert erklären, ohne dem nationalen Gegner zu helfen.

Die Rolle Reisers

Die Monatsschrift zitiert einen Artikel des „Flensburger Tageblatts“ vom 13. Januar über SPD und SPF; worin es geheißen habe, daß die SPD im Hinblick auf ihre Bundespolitik unter keinen Umständen einen Kompromiß mit irgend einer Form von Separatismus schließen könne. Der Vorsitzende der SPF, Nikolaus Reiser, habe jedoch, erklärt „Det brændende Spørgsmaal“, seinen Parteifreunden mitgeteilt, die SPD habe während der Verhandlungen erklärt, daß sie das Selbstbestimmungsrecht anerkennen und bei einem Zusammenschluß die Aufstellung eines Wahlkandidaten in Flensburg gutheißen werde, der „hundertprozentiger Däne“ sei.

Wie die Monatsschrift weiter mitteilt, habe Hans Hedtoft in einem Brief an Reiser in sieben Punkten den Standpunkt der dänischen Sozialdemokratie zur Südschleswigfrage umrissen.

In dem Versuch, eine Prognose für die SPF zu stellen, meint die Monatsschrift, ohne Zweifel sei es hauptsächlich die Furcht davor, daß die SPF in einer kürzeren Reihe von Jahren dahinschmelzen könne, die den Vorsitzenden der SPF, Reiser, im gegenwärtigen Augenblick veranlasse, mit der SPD zu verhandeln. Die Monatsschrift behauptet, daß eine wachsende Anzahl von Austritten aus der SPF damit begründet werde, daß die betreffenden Mitglieder nur im SSV oder SSW als Mitglieder geführt zu werden wünschten.

Drei Möglichkeiten

Drei Möglichkeiten seien vorhanden: 1. Auflösung der Organisation, 2. Anschluß an die SPD und 3. weiteres Bestehen. Bei einer Auflösung, für die der zweite Vorsitzende der SPF W. L. Christiansen eintrete, solle es den Mitgliedern freigestellt werden, sich der SPD oder dem SSV anzuschließen. In diesem Falle sei es denkbar, daß ein dänischer „Arbeiterverein“ gegründet werde, um den Arbeitern eine besondere Möglichkeit für Versammlungen zu bieten.

Bei einem Anschluß an die SPD werde der sozialdemokratische Einfluß in Südschleswig gesichert sein, und in vieler Fragen sei dann eine Zusammenarbeit mit der SSV auch nicht ausgeschlossen. Bei dem weiteren Bestehen der SPF, für die beispielsweise Tage Jessen eintritt, hoffe man auf die Möglichkeit einer Wahlgemeinschaft, in der auch die SPD nicht zu kurz kommen werde.

Vorstand nicht einig

Wie die Monatsschrift abschließend bemerkt, seien die letzten Vorstandswahlen der SPF am 9. Januar nicht auf der Grundlage einer eingehenden Diskussion über diese Probleme durchgeführt worden. Der Generalversammlung sei nicht mitgeteilt worden, daß innerhalb des einstimmig wiedergewählten Vorstandes zwei verschiedene Auffassungen vorhanden seien.

Die Monatsschrift hält eine Spaltung der SPF keineswegs für wahrscheinlich. Im Falle einer Spaltung aber würden nach ihrer Auffassung verhältnismäßig wenige der alten Generation zur SPD zurückkehren, während die junge Generation die Konsequenz aus ihrer dänischen Gesinnung ziehen und sich dem SSV anschließen werde. Das sei ein Zeichen einer Stärke des dänischen Gedankens in Flensburg, das niemand übersehen dürfe, behauptet „Det brændende Spørgsmaal“.

scheidung lag bei der britischen Militärregierung.

Wir Flensburger blieben zusammen und bildeten nunmehr die kleinste Sozialdemokratische Partei der Welt. Dänisch gesonnene Sozialdemokraten im übrigen Landesteil Schleswig meldeten sich aus der SPD ab und schlossen sich den dänischen Organisationen an, soweit sie es nicht schon vorher getan hatten. An vielen Stellen des Landesteils bildeten diese Personen die Basis der dänischen Organisationsarbeit, besonders nach Gründung des „Südschleswigschen Wählerverbandes“ (SSW) im August 1948.

Die Absicht, die Flensburger Partei auf den Landesteil Schleswig auszudehnen, um dann eine SPS, Sozialdemokratische Partei Südschleswig, zu gründen, wurde von der Besatzungsmacht nicht gestattet. Wir wurden also die „Sozialdemokratische Partei Flensburg“ (SPF).

Für den Herbst 1946 waren die ersten Kommunalwahlen nach dem Kriege vorgesehen, und es begann eine enge Zusammenarbeit mit dem „Südschleswigschen Verein“ (SSV). Ge-

Die SPF, die Sozialdemokratische Partei Flensburgs, bildete sich, nachdem der Ortsverein der SPD Flensburg 1946 von Kurt Schumacher als ausgeschlossen und aufgelöst erklärt worden war. Die SPD in Flensburg hatte beschlossen, in nationalpolitischer Hinsicht keinen Druck auf ihre Mitglieder ausüben zu wollen. Schumacher reagierte damals mit dem berühmten Satz: „Wir respektieren jeden Dänen, ... aber wir haben keinen Respekt vor den Speckdänen deutschen Geblüts.“

Hier ein Artikel zur SPF aus der Zeitung „Der Nordschleswiger“ vom 4. 02. 1953.

meinsam mit dem SSV erreichten wir in der Oktoberwahl insgesamt 33 von 39 Sitzen im Stadtparlament.

Dem SPF-Parteivorstand habe ich von 1946 bis 1954 angehört; zunächst als Vertreter der JUSO-Gruppe, deren Vorsitzender ich war, später als Beisitzer und als 2. Vorsitzender. Meine Hauptaufgabe war der Kontakt zur dänischen Arbeiterbewegung (Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Jungsozialisten, Bildungsverband u. a. m).

Zur Landtagswahl 1947 wurde uns die Aufstellung eigener Kandidaten versagt. Hinter dieser und anderen Maßnahmen vermuteten wir, zu Recht, die Kieler Sozialdemokraten, die im April 1947 in Kiel Regierungspartei wurden. Hermann Olson wurde deshalb als SSW-Kandidat aufgestellt und auch direkt im Wahlkreis (Flensburg-Ost) gewählt.

Der nächste Nadelstich aus Kiel war ein Umschulungsverbot der Kieler Regierung: Kinder durften nicht von deutschen auf dänische Schulen umgeschult werden. Eine weitere Maßnahme war die Entfernung unseres Lizenzträgers in der Spitze des „Flensburger Tageblattes“, Malermeister Hans Harloff.

Trotz dieser Behinderungen entstanden lebhaftere Kontakte zu dänischen Parteiorganisationen, JUSO-Gruppen, Arbeiterbildungsorganisationen, Arbeitervolkshochschule u. a. Diese Zusammenarbeit schloß nach verhältnismäßig kurzer Zeit gemeinsame Treffen mit SPD-Organisationen ein. Was das für den Aufbau guter Beziehungen zu den dänischen Sozialisten bedeutete, machte Per Hækkerup, damals Vorsitzender von Dansk Socialdemokratisk Ungdom (SDU) und Generalsekretär des Internationalen Jungsozialistenzusammenschlusses, später dann dänischer Wirtschafts- und Außenminister, deut-

Die Schumacher-Aktion von 1946 hatte bei den dänischen Sozialdemokraten zu starker Verärgerung geführt. Erst nach der „Kieler Erklärung“ von 1949, die die Rechte der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein sicherte, näherten sich die sozialdemokratischen Parteien der Bundesrepublik und Dänemarks wieder an.

Hans Hedtoft (Mitte), Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie und Ministerpräsident (hier mit Vertretern der SPF in Kopenhagen), förderte eine Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien in Flensburg.



lich, wenn er bei einer Zusammenkunft in Flensburg am 15. April 1950 den Vertretern der deutschen Jungsozialisten und Falken sagte: „Der Weg zu einer guten Zusammenarbeit mit Euch geht über Flensburg.“

Die Schumacher-Aktion von Husum war bei Dänemarks Sozialdemokraten auf schlechten Boden gefallen. Dieses hat Hans Hedtoft, damals Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher deutlich zu verstehen gegeben. Uns gegenüber änderte sich die Haltung der SPD, wenn auch langsam, nach der Verabschiedung der „Kieler Erklärung von 1949“. Mit ihr erfolgten kurz darauf auch die ersten zaghaften

Auszüge aus der „Kieler Erklärung“, die 1949 vom Kabinett Diekmann ausgearbeitet worden war und die der dänischen Minderheit „volkliche und demokratische Rechte“ garantierte.

„Erklärung

der Landesregierung Schleswig-Holstein
über die Stellung der dänischen Minderheit.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung, von dem Wunsche erfüllt, ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gut nachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen, erklärt mit Billigung des schleswig-holsteinischen Landtages und in der bestimmten Erwartung, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird, folgendes:

- I.
II.

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
 2. Die dänische Minderheit, ihre Organisationen und Mitglieder dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort, Schrift oder Druck nicht behindert werden. Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und den Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den allgemeinen Gesetzen.
 3. Kindergärten, allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) können von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.
 4. Die Landesregierung hält es für selbstverständlich, daß die parlamentarische Gepflogenheit, alle politischen Gruppen in den Vertretungskörperschaften der Gemeinden, der Ämter, der Kreise und des Landes in angemessener Weise zur Mitarbeit in den Ausschüssen heranzuziehen, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse Anwendung findet.
 5. Die Landesregierung hält es für erwünscht, daß der Rundfunk der dänischen Minderheit wie anderen politischen und kulturellen Vereinigungen zugänglich gemacht wird.
 6. Die Landesregierung hält es für erwünscht, daß dänische Geistliche und Kirchengemeinden, nach vorhergehender Vereinbarung mit den zuständigen kirchlichen bzw. gemeindlichen Stellen, Kirchen, Friedhöfe und ähnliche Einrichtungen unter wahlfreier Verwendung der gewünschten Sprache benutzen können.
-
9. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III.

Zur Prüfung und Klärung von Vorschlägen, Beschwerden und anderen Eingaben der dänischen Minderheit wird ein Ausschuss gebildet. Dieser besteht aus drei Mitgliedern der dänischen Minderheit und drei Mitgliedern, die vom Landesbeauftragten für Schleswig bestellt werden.

IV.

Die hier aufgestellten Grundsätze gelten sinngemäß auch für die friesische Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

Kiel, den 26. September 1949.

Der Ministerpräsident
Diekmann

Versuche seitens der SPD zu einer Wiedervereinigung zu kommen. Die dänische Sozialdemokratie sah das gern, hütete sich aber, offiziell dazu Stellung zu nehmen.

Inzwischen war ich nun 2. Vorsitzender der SPF geworden. Nicolaus Reiser, die ganze Zeit hindurch unangefochten 1. Vorsitzender, und ich hatten verschiedene Ansichten im Hinblick auf die Wiedervereinigung mit der SPD beziehungsweise über ein Ende der SPF. Reiser genügte eine Annullierung der Schumacher-Maßnahme von 1946. Ich wollte darüberhinaus eine Bestätigung unseres Standpunktes seit 1946; keine bindende Parteifestlegung in der nationalen Frage, sollte es denn zu einer erneuten Abstimmung im Grenzland kommen. Nach 1951 kam ich zu der Ansicht, man sollte die SPF auflösen; jeder sollte dann seinen eigenen Weg gehen. Dieses wiederum wollte Reiser nicht. Viele Gespräche fanden in Flensburg und Kiel, aber auch in Kopenhagen und an anderen Stellen und bei vielen nicht offiziellen Gelegenheiten statt.

Am 25. und 26. Juni 1951 waren Nicolaus Reiser, Hermann Olson, Max Beyreis und ich in Kopenhagen. Nach diesem Besuch wurde die Wiedervereinigungshoffnung mit Dänemark begraben. Und damit entfielen praktisch auch die Grundlagen für ein Fortbestehen der SPF.

Hans Hedtoft besuchte uns noch im gleichen Jahre, und zwar am 9. Dezember, in Flensburg, und im September 1952 waren wir 4 Flensburger Gäste des SPD-Parteitages in Dortmund. Das gedruckte Protokoll führt uns unter „weitere Gäste“ mit Curt Conrad, Sozialdemokratische Partei Saar und Professor Ludwig Preller, Stuttgart auf.

Inzwischen hatten wir auch Kontakt mit Erich Ollenhauer

Auch hier ging es um Gespräche zu einer Wiedervereinigung. Besuch des Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie, Hedtoft (Mitte), und Grenzexperten mit Vertretern der SPF (links: W. Christiansen, rechts: N. Reiser und Max Beyreis).



bekommen, der in Dortmund die Nachfolge von Kurt Schumacher antrat. Er besuchte uns und sprach auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung. Am 9. März 1953 geschah dann etwas ganz Neues. Auf einer großen Veranstaltung im „Deutschen Haus“ in Flensburg sprachen Hans Hedtoft und Erich Ollenhauer auf einer gemeinsamen SPF-SPD-Versammlung. Die Wiedervereinigungsdiskussion nahm immer mehr Raum ein und verlangte eine Entscheidung.

Zur Jahreshauptversammlung 1954 stellte ich mich als Gegenkandidat zur Wahl zum 1. Vorsitzenden. Nicht weil ich gegen Reiser war, sondern um die Fronten zu klären. Leider bekam die Versammlung einen unschönen Verlauf, denn nachdem Reiser und ich vorgeschlagen waren, erbat ich das Wort, um eine entsprechende Erklärung abzugeben. Mit Hinweis auf die Geschäftsordnung wurde mir dieses von dem Versammlungsleiter Max Funke verwehrt. Daraufhin verließ ich mit meinen Anhängern die Versammlung. Es wurde ein reiner „Wiedervereinigungsvorstand“ gewählt.

Am 25. Juni fand dann die „Wiedervereinigungsversammlung“ der SPF statt, auf der es um den Zusammenschluß mit der SPD ging. Wir, die wir eine andere Lösung bevorzugten, nahmen daran nicht mehr teil.

Juliane Decker, Nicolaus Reiser, May Beyreis und Max Funke schieden dann anschließend aus der gemeinsamen SSW/SPF-Fraktion im Flensburger Rathaus aus und bildeten eine eigene SPD-Fraktion. Hermann Olson und ich verblieben in der nun reinen SSW-Fraktion. Die SPD war nun wieder im Flensburger Rathaus vertreten.

